



NEUE GEMEINDE

info

www.gvvgld.at



61. Österreichischer Gemeindetag in Oberwart
Grenzen öffnen, Lebensräume gestalten Seite 2

Was brauchen unsere Gemeinden?: Kommunale Bedarfserhebung gestartet!

Seite 4

Gemeindefinanzen:

Steigende Umlagen – jedoch niedrige Transferlasten im Österreich-Vergleich Seite 8 u. 9

Ausgleichsfond für strukturschwache Gemeinden:

GVV setzt Forderung im Österreichischen Gemeindebund durch Seite 3

Vorwort !



Mag. Herbert Marhold

Mag. Herbert Marhold
Landesgeschäftsführer

Liebe Gemeindevertreterinnen, liebe Gemeindevertreter!

Mitte Februar fand in Wien die Bundesvorstandssitzung des Österreichischen Gemeindebundes statt. Zweimal im Jahr tagt dieses höchste Gremium des Gemeindebundes. Im Rahmen dieser Sitzung wurde auch eine Resolution an die Österreichische Bundesregierung beschlossen, die eine wesentliche Kernforderung des GVV Burgenland beinhaltet, den Ausgleichsfonds für strukturschwache Gemeinden. Sinn dieses Ausgleichsfonds ist es, ohne in die „Feinmechanik“ des Finanzausgleiches eingreifen zu müssen, Geld für strukturschwache Gemeinden bereitstellen zu können. Es ist im ersten Schritt an ein Volumen von 500 Mio. Euro pro Jahr gedacht. Der Grund ist einfach. Durch den abgestuften Bevölkerungsschlüssel fließt deutlich mehr Geld in die Ballungszentren. Ein solcher Fonds wäre für die vielen strukturschwachen Gemeinden, die ja auch ein Minimalmaß an Infrastruktur brauchen, eine wichtige Hilfe. Profiteure eines solchen Fonds wären Gemeinden im nördlichen Niederösterreich, in Kärnten, der Südoststeiermark, aber auch Gemeinden im Südburgenland, die eben aufgrund der strukturellen Gegebenheiten nicht unbedingt begünstigt sind.

Wir als SPÖ-Fraktion im Gemeindebund wollen aber mehr. Wir haben uns auch dafür stark gemacht, dass es zukünftig eine Kompensation für den sogenannten „Grauen Finanzausgleich“ gibt. Das betrifft jene Maßnahmen, die vom Bund beschlossen werden und von den Gemeinden zu vollziehen sind, ohne dass es dafür eine finanzielle Abgeltung gibt. Auch hier wollen wir diese Kosten, die vor allem im Bereich der Sozialleistungen anfallen, mit 500 Millionen Euro pro Jahr abgegolten haben.

Präsident Mödlhammer, der in dieser Sitzung in seinem Amt bestätigt wurde, hat in seiner Antrittsrede angekündigt, diese Forderung des GVV und der Verbände aus Niederösterreich, der Steiermark und Kärnten nach einem Ausgleichsfonds an die Spitze seiner Bemühungen als Präsident des Österreichischen Gemeindebundes zu stellen.

61. Österr. Gemeindetag und Kommunalmesse in Oberwart Grenzen öffnen und Lebensräume gestalten

Am 12. und 13. Juni 2014 gehen in Oberwart der 61. Österreichische Gemeindetag und die Kommunalmesse 2014 über die Bühne. Der Gemeindetag steht unter dem Motto „Gemeinden öffnen Grenzen“ und erinnert damit an die Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze, die sich in diesem Jahr zum 25. Male jährt. Im Burgenland wollen die österreichischen Gemeinden und ihre Vertreter diesem historischen Ereignis ein Denkmal setzen. Gastgeber sind der GVV Burgenland und der Burgenländische Gemeindebund.

Die größte kommunalpolitische Veranstaltung findet heuer von 12. bis 13. Juni 2014 in Oberwart statt. Gemeindetag, Kommunalmesse und FLGÖ-Bundestagung an einem Ort. Und jede Menge prominente

Gäste, die sich schon angekündigt haben. Interessierte können sich unter www.gemeindetag.at anmelden und das genaue Programm sowie alle Informationen rund um den Gemeindetag finden.

Am Donnerstag, den 12. Juni, findet nach der offiziellen Eröffnung wie gewohnt die Fachtagung statt, die sich dieses Jahr mit dem Thema „Entwicklungen der modernen Verwaltung seit der Wende“ auseinandersetzt. Am selben Tag findet die Tagung des Fachverbandes der Leitenden Gemeindebediensteten (FLGÖ) statt. Ausklang des ersten Tages ist ein stimmungsvoller Galaabend in der Burgenlandhalle. Die Haupttagung am Freitag, den 13. Juni, ist der Höhepunkt des Gemeindetages, den die Spitzen des Gemeindebundes und zahlreiche Gemeindemandatäre ebenso be-

suchen wie hochrangige Mitglieder der österreichischen Bundesregierung.

Gemeinsam mit dem Österreichischen Gemeindetag wird die Kommunalmesse 2014 abgehalten. Unter dem Motto „Lebenswerte Gemeinden gestalten“ präsentieren die Vertreter der Kommunalwirtschaft ihre neuesten Produkte auf den rund 9.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche des Messezentrums Oberwart.



Die GVV Forderung nach einem Ausgleichsfonds zur Unterstützung strukturschwacher Gemeinden war auch bei der Gemeindereferententagung am 1. April in Bad Tatzmannsdorf Thema und soll so rasch wie möglich umgesetzt werden. Grund ist, dass durch den abgestuften Bevölkerungsschlüssel immer mehr Geld in die Ballungszentren fließt und eine ungerechte Verteilung der Ertragsanteile zwischen Gemeinden in den westlichen und Gemeinden in den östlichen Bundesländern existiert. Daher ist ein solcher Fonds für die vielen strukturschwachen Gemeinden eine wichtige Hilfe, die sehr rasch umgesetzt werden kann, da der bestehende FAG nicht aufgeschnürt werden müsste! Unterstützt wurde diese Forderung auch vom Städtebund Burgenland, der in Person der Vorsitzenden Bürgermeisterin Ingrid Salamon an der Konferenz teilnahm.

Im Bild: Präsident Helmut Mödlhammer, Städtebund Bgld. Landesvorsitzende Ingrid Salamon, GVV Präsident Erich Trummer

Foto: GVV



GVV-Forderung im Österr. Gemeindebund durchgesetzt: Ausgleichsfonds soll strukturschwachen Gemeinden helfen

Der vom GVV Burgenland geforderte Ausgleichsfonds für strukturschwache Gemeinden soll umgesetzt werden. Unterstützung dafür gibt es vom Österreichischen Gemeindebund. „Der GVV Burgenland hat im Rahmen seiner Tätigkeit im Österreichischen Gemeindebund erfolgreich für diesen Ausgleichsfonds gekämpft“, so GVV Präsident Erich Trummer. Der Ausgleichsfonds soll mit 500 Millionen Euro pro Jahr dotiert werden.

Mitte März hat das oberste Gremium des Österreichischen Gemeindebundes, der Bundesvorstand, eine Resolution an die Bundesregierung verabschiedet, in der ein Ausgleichsfonds für strukturschwache Gemeinden, eine Aufgabenreform, eine Modernisierung der Einheitsbewertung und eine Reform der Grundsteuer gefordert werden. Im Rahmen der Bundesvorstandssitzung wurde die GVV Kernforderung nach einem Ausgleichsfonds

für strukturschwache Gemeinden in die Resolution des Österreichischen Gemeindebundes aufgenommen und auch der wiedergewählte Präsident Helmut Mödlhammer betonte in seiner Rede, den Ausgleichsfonds zum zentralen Anliegen seiner weiteren Präsidentschaft zu machen.

Trummer: Einheitsbewertung muss moderner und einfacher werden

„Für die Unterstützung strukturschwacher Gemeinden soll ein Ausgleichsfonds geschaffen werden, der mit 500 Millionen Euro pro Jahr dotiert ist. Grund ist, dass durch den abgestuften Bevölkerungsschlüssel immer mehr Geld in die Ballungszentren fließt und daher ein solcher Fonds für die vielen strukturschwachen Gemeinden eine wichtige Hilfe ist, die sehr rasch umgesetzt werden kann, da der bestehende Finanzausgleich nicht aufgeschnürt werden

müsste“, erklärt GVV Präsident Trummer.

Auch für den sogenannten „Grauen Finanzausgleich“ – also Maßnahmen, die vom Bund ohne Verhandlungen mit den anderen Partnern getroffen werden und von diesen dann zu finanzieren sind – will der GVV Ausgleichsmaßnahmen. Die SPÖ-Fraktion im Gemeindebund fordert auch hier eine Mindestabgeltung von 500 Millionen Euro pro Jahr, um die enormen Kosten, zum Beispiel im Sozialwesen, weiter finanzieren zu können.

Wichtig für die Gemeinden sei außerdem eine Reform der Grundsteuer, da aufgrund der enorm veralteten Einheitswertberechnung aus den 1970er Jahren auch für die burgenländischen Gemeinden viel Geld verloren gehe, so Trummer. Es müsse ein einfaches und modernes System der Einheitsbewertung kommen. Eine unverzügliche Umsetzung seitens des Bundes sei nötig.

Klartext !



Erich Trummer

GVV-Präsident
LAAbg. Erich Trummer

Kommunale Bedarfserhebung gestartet!

Geschätzte BürgermeisterInnen und Vize-BürgermeisterInnen!
Liebe GemeindevertreterInnen!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Eine zentrale Aufgabe im heurigen Jahr sehe ich darin, die Problemen und Anliegen in den Gemeinden und von den GemeindevertreterInnen zu erheben, diese zu bündeln sowie bestmöglich und lösungsorientiert bei den zuständigen Ansprechpartnern zu vertreten.

Klar ist - so wie in den Gemeinden auch: es kann nicht für alle Fragen zufriedenstellende Antworten geben. Aber, ich will gemeinsam mit meinem Präsidiums- und Vorstandsteam die gemeinsamen kommunalpolitischen Bedürfnisse unserer Gemeindevertreter und unserer Gemeinden gezielt weiterverfolgen. Deshalb haben wir in der letzten GVV-Vorstandssitzung die Initiative „Kommunale Bedarfserhebung“ gestartet und hinterfragt, was die Gemeinden und vor allem auch unsere Gemeindevertreter wirklich brauchen.

Die persönliche Sicht der GemeindevertreterInnen zur Situation ihrer Gemeinde ist mir dabei genauso wichtig wie beispielsweise die Kommunikation, die Zusammenarbeit und das Service zwischen Gemeinden und der Politik, den Behörden sowie auch dem GVV zu durchleuchten. Denn obwohl die Herausforderungen ständig wachsen und die Rahmenbedingungen immer schwieriger werden, liegt mir eine weiterhin erfolgreiche Zukunft unserer Gemeinden und unserer KommunalpolitikerInnen sehr am Herzen. Deshalb lade ich auch alle ein, konstruktiv Ihre Meinung einzubringen.

Ich bedanke mich jedenfalls für die laufend gute Zusammenarbeit bei unserer Arbeit für unsere Gemeinden und wünsche Ihnen ein frohes Osterfest sowie viel Gesundheit und Erfolg!

Feuerbeschau wird abgeschafft!

In den Parteienverhandlungen zwischen den Landtagsklubs unter Einbindung der Gemeindevertreterverbände gab es eine Einigung zur Abschaffung der Feuerbeschau in der derzeitigen Form. Kommen wird voraussichtlich ab 1.7.2014 eine sogenannte Feuerstättenbeschau, wobei hier die Objekte – ähnlich wie in Kärnten – in Risikoklassen eingeteilt werden sollen. Ein- und Zweifamilienhäuser sollen, sofern sie nicht über mit festen Brennstoffen befeuerte Heizungsanlagen verfügen, generell aus der Beschau ausgenommen werden.

GVV setzt durch: BürgermeisterInnen aus der Haftung!

Ziel des GVV ist und war es, die BürgermeisterInnen aus der Haftung zu bekommen und die Praxis für die nunmehrige Feuerstättenbeschau, die durch den Rauchfangkehrer durchgeführt wird, erheblich zu vereinfachen. Diese GVV-Forderung konnte endlich durchgesetzt werden!



Mit einem großen Fest in Neufeld feierte GVV Burgenland-Präsidiumsmitglied Bürgermeister Michael Lampel seinen 50igsten Geburtstag. Lampel hat derzeit auch die Präsidenschaft des Bundesrates inne und konnte daher auch viele prominente Gäste, wie Verteidigungsminister Gerald Klug, auf seiner Feier begrüßen. Auch der GVV Burgenland stellte sich mit einem Geschenk ein. GVV-Präsident Erich Trummer und GVV Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold überreichten Michael Lampel (mit im Bild Manuela Lampel) einen GVV Geburtstagswein als kleines Präsent zum Geburtstag und als Dankeschön für die bisher geleistete Arbeit im GVV Burgenland.

Foto: GVV Burgenland

Mehr Transparenz, Kontrolle, Sicherheit LRH-Prüfkompetenz ein Vorteile für alle

Von einer Ausweitung der Prüfkompetenz des Landesrechnungshofes auf alle Gemeinden würden auch die Kommunen selbst profitieren. „Sie könnten sich endlich auf ein verlässliches und unabhängiges Prüf- und Beratungsnetz stützen. Mehr Transparenz und Kontrolle bedeuten zudem mehr Sicherheit für die Bürger. Das ist der Weg, den eine moderne demokratische Gesellschaft gehen muss. Gerade die Gemeinden tragen hier eine besonders große Verantwortung“, betont GVV Präsident Erich Trummer.

Es gäbe auch kein einziges sachliches Argument, warum die Prüfkompetenz des Landesrechnungshofes auf Gemeinden über 3.000 Einwohner beschränkt werden sollte, so Trummer. „Studien und Umfragen belegen, dass die Gemeinden das höchste politische Vertrauen der Menschen genießen. Damit das so bleibt, müssen wir für unsere Gemeinden auch die Instrumente für mehr Transparenz, Kontrolle und Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln.“

Fachliche Begleitung & Beratung des LRH bringt Vorteile für alle

Um diesen Anforderungen auch in Zukunft gerecht zu werden, führe an der ergänzenden Begleitung des Landesrechnungshofes

in Abstimmung mit der Gemeindeabteilung des Landes kein Weg vorbei. „Die fachliche Begleitung und Beratung des Landesrechnungshofes bringt Vorteile für alle. Auch die Gemeinden müssen sich auf ein verlässliches Prüf- und Kontrollnetz stützen können wie die Bürgerinnen und Bürger. Und zwar alle Gemeinden“, so Trummer.

Im Burgenland haben zehn Gemeinden eine permanent negative freie Finanzspitze - diese Gemeinden haben alle weniger als 3.000 Einwohner. Ein einem Viertel der burgenländischen Gemeinde beträgt die freie Finanzspitze ständig weniger als 100 Euro pro Einwohner; bei fast allen betroffenen Kommunen liegt die Einwohnerzahl unter 3.000.

Gemeinden helfen, um nachhaltige Verbesserungen zu erreichen

Da es kein seriöses sowie sachliches Argument gäbe, den kleineren Gemeinden - die oft eine derartige kostenlose Beratung dringend benötigen - zu verwehren, betont Trummer: „Diese Einschränkung gibt es auch in keinen der anderen sechs Bundesländern, die diese Vorteile bereits erkannt haben. Gerade kleinere Gemeinden haben es oft ganz schwer.“ Man müsse ihnen helfen, zu zählbaren und messbaren Verbesserungen zu kommen, so der GVV Präsident.



LEITFADEN



Ende April erhältlich: Leitfaden zu Kanalgesetzen

Kanalgesetze neu- GVV bringt Leitfaden

Der Burgenländische Landtag hat mit Wirkung Anfang 2014 das Kanalanschluss- und das Kanalabgabegesetz geändert. Mit diesen Novellen wird die Einhebung der Kanalabgaben adaptiert bzw. werden notwendige Aktualisierungen vorgenommen. Ziele der Novellen sind dabei die Entlastung der Gemeinden, die Daseinsvorsorge soll abgesichert werden und die BürgerInnen sollen von einer gerechteren Bewertung der Bemessungsgrundlage profitieren! Im Kanalabgabegesetz bestand der Adaptierungsbedarf vorwiegend in der Verankerung des gesetzlichen Pfandrechtes und der dinglichen Wirkung, bei der Regelung für Schwimmbecken und Lufträume und bei der Änderung der Bewertungsfaktoren bei Abscheideanlagen. Um die burgenländischen Gemeinden und vor allem ihre Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dafür mit dem nötigen Rüstzeug auszustatten und optimal vorzubereiten, wird vom GVV Burgenland in Zusammenarbeit mit Dr. Julius Schusster und der Gemeindeabteilung des Landes ein Leitfaden für die neuen Kanalgesetze erarbeitet, die auch Musterbescheide zur Verwendung in den Gemeinden enthalten. Dieser Leitfaden wird bis spätestens Ende April 2014 erhältlich sein und wird - wie auch der Vergabeleitfaden - via www.gvvgld.at >GVV Shop bequem und einfach per Internetbestellung zu beziehen sein. Es wird auch diesmal wieder einen vergünstigten Preis für unsere GVV Mitgliedsgemeinden und SPÖ-Mitglieder geben.

LAND IM KRIEG
ZWISCHEN SCHÜTZENGRABEN
UND HEIMATFRONT
1914 - 1918

**Landesmuseum
BURGENLAND** www.landmuseum-burgenland.at

**SONDERAUSSTELLUNG
3. April - 11. November 2014**

kultur burgenland



Arbeiten an einer Lösung um den hohen Sicherheitsstandard auch künftig garantieren zu können: GVV Präsident Erich Trummer, Landespolizeidirektor Hans Peter Doskozil, Landeshauptmann Hans Niessl und der Leiter des Bundeskriminalamtes General Franz Lang. Foto: Landesmedienservice

Sicherheitsgipfel berät über umfassendes Sicherheitspaket Neues Sicherheitskonzept mit mehr Polizeipräsenz in Arbeit

Das KUZ in Eisenstadt war Schauplatz des jährlichen Sicherheitsgipfels mit LH Hans Niessl, Vertretern der burgenländischen Blaulichtorganisationen, der Behörden, Verwaltung und Sozialpartner und dem Leiter des Bundeskriminalamtes Franz Lang. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Ausgleichsmaßnahmen im Hinblick auf die von Innenministerin Johanna Mikl-Leitner geplante Polizeistrukturenreform und damit einhergehende Postenschließungen sowie die Bekämpfung der steigenden Schlepper- und Eigentums kriminalität. Der GVV Burgenland hat als einziger Gemeindevertreterverband mitgearbeitet. „Wir arbeiten an Lösungen um den hohen Sicherheitsstandard auch künftig garantieren zu können“, so GVV Präsident Trummer.

Zentraler Punkt ist, das Streifen- und Einsatzsystem der Polizei so zu gestalten, dass jeder Einsatzort im gesamten Burgenland innerhalb von zehn Minuten erreicht werden kann. Elf Polizeiposten werden im Burgenland geschlossen. Damit in jenen Gemeinden die Polizei trotzdem präsent

bleibt, werden so genannte „Polizeistützpunkte“ eingerichtet. Wichtig sei nicht, wie viele Posten es im Burgenland gebe, sondern dass die Polizisten innerhalb kurzer Zeit am Einsatzort sein können, erklärte Landeshauptmann Hans Niessl beim Sicherheitsgipfel. „Bürgermeister und Polizei schließen Vereinbarungen über Ort und Zeitpunkt von Streifendiensten ab. Außerdem soll es Bürgersprechstunden in den Gemeindeämtern geben.“ Bewährt sich dieses Konzept, soll es auf weitere Gemeinden ausgeweitet werden.

Engere Zusammenarbeit zwischen Polizei und Gemeinden

Man müsse künftig noch enger mit den Gemeinden zusammenarbeiten, meint Landespolizeidirektor Hans Peter Doskozil. Im Zuge der Neustrukturierung rund um die Postenschließungen habe man Konzepte ans Innenministerium geschickt, die rasch umgesetzt werden können. Das sei auch ganz im Sinne der Kommunen, bekräftigte GVV Präsident Bgm. Erich Trummer: „Die Gemeinden wollen sich wie das Land tatkräftig einbringen – etwa durch die Bereitstellung

von Infrastruktur, von Räumlichkeiten oder einer Ansprechperson für die Polizei“.

„Arbeiten an der Sicherheits-Musterregion Burgenland“

Das Burgenland soll eine Sicherheits-Musterregion werden, so Landeshauptmann Hans Niessl. Probleme waren zuletzt Schlepper- und Eigentums kriminalität. Dem Innenministerium habe man ein Polizei-Sicherheitskonzept vorgelegt, das für den Bezirk Neusiedl am See eine Konzentration der AGM-Kräfte in Nickelsdorf mit insgesamt 56 Planstellen vorsieht, informierte Doskozil. Damit wolle man die Schlepperkriminalität weiter eindämmen; so sei es gelungen, die Zahl der Aufgriffe von 2.500 im Jahr 2012 auf 1.000 im Jahr 2013 zu reduzieren. Darüber hinaus wolle man in den Sektorenbereichen die Polizeistreifen massiv stärken. Das Konzept könne bereits im April in die Umsetzungsphase gehen. Die burgenländische Initiative könnte einmal mehr Vorreiter für ganz Österreich sein, Bereits das heimische Sicherheitsmodell „Dorfpolizist“ wurde vom Innenministerium auf alle Bundesländer übertragen.



energie
BURGENLAND

Preisfrage:

Ist es nur eine Preisfrage,
Energie-Gewinner zu sein?

Nein!



Ich bin
Energie-Gewinnerin
und spare mit dem
PARTNER BONUS
bares Geld.

Alexandra W.
Eine von 286.000
Energie-GewinnerInnen.

Sie möchten Ihre Energiekosten senken? **Nutzen Sie jetzt den Partner Bonus.** Einfach für 1 Jahr Partner der Energie Burgenland werden. Als Strom- und/oder Erdgaskunde sparen Sie bis zu 7% Energiekosten. Um vom Partner Bonus zu profitieren, kontaktieren Sie unser **kostenfreies Kundentelefon unter 0800 888 9000** oder nutzen Sie die Online-Anmeldung auf **www.energieburgenland.at**.

Kommentar von Mag. Peter Biwald, KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung

Steigende Umlagen – jedoch niedrige Transferlasten im Österreich-Vergleich

Die burgenländischen Gemeinden haben 2012 aus dem Finanzausgleich Gemeindeertragsanteile in Höhe von 220,5 Millionen Euro erhalten. Davon wurden 12,7 Prozent bzw. 28 Millionen Euro vorweg abgezogen (Schritt 1 in der Abbildung 1) und dem Land Burgenland für die Bedarfszuweisungen übermittelt. Den Gemeinden blieben somit Ertragsanteile in Höhe von 192,5 Millionen Euro (Schritt 2). Davon hatten die Gemeinden Transfers an das Land in Höhe von 66,4 Millionen Euro (+26 Millionen Euro bzw. +75 Prozent gegenüber 2003) zu bezahlen (Schritt 3). Der Großteil entfiel mit 40 Millionen Euro auf die Sozialhilfeumlage, 16 Millionen Euro auf die Landesumlage sowie 6 Millionen Euro auf die Krankenanstaltenumlage. Die Sozialhilfeumlage hat sich in den letzten 10 Jahren mit einem Anstieg von 19 auf 40 Millionen Euro mehr als verdoppelt.

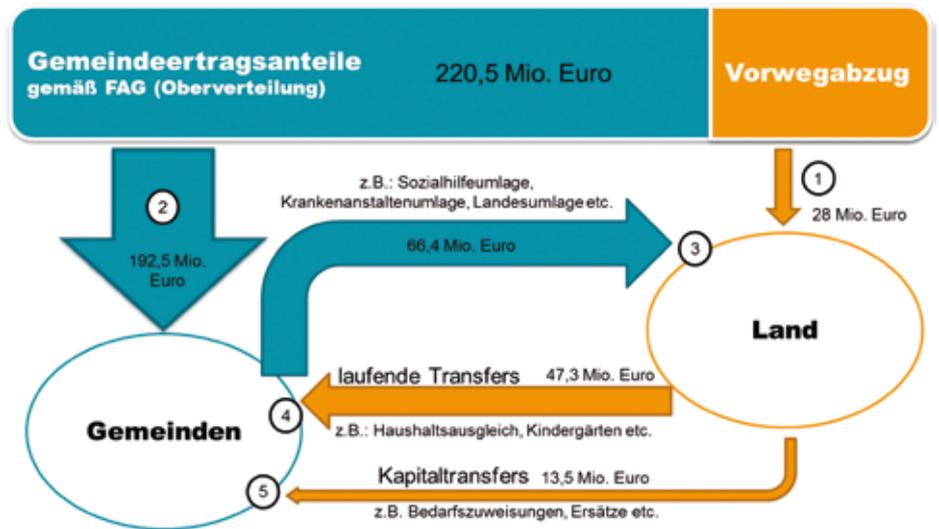
Im Gegenzug haben die burgenländischen Gemeinden vom Land und aus Bedarfszuweisungen rund 60,8 Millionen Euro erhalten (Schritte 4 und 5), sodass die Gemeinden um 6 Millionen Euro mehr an das Land zahlen mussten als sie von diesem erhalten haben (= negativer Transfersaldo). Der negative Transfersaldo ist seit 2003 von 2 auf 6 Millionen

Euro gestiegen (Abbildung 1).

Der Anstieg der Umlagen ist natürlich in den Gemeindebudgets spürbar,

die burgenländischen Gemeinden nach den steirischen die geringste Umlagenlast zu tragen haben. Die Umlagenzahlungen der oberösterreichischen Gemeinden

Abbildung 1: Transferbeziehungen zwischen Gemeinden und Land Burgenland, 2011



Quelle: Statistik Austria – Gebarungsdaten der Gemeinden; KDZ – eigene Berechnungen, 2014.

nachdem sie von 120 Euro je Einwohner (2003) auf 219 Euro je Einwohner (2012) zugenommen haben. Im Österreich-Vergleich zeigt sich jedoch, dass

sind mit 485 Euro je Einwohner mehr als doppelt so hoch wie jene der burgenländischen Gemeinden. Die Hauptursache dafür liegt in der relativ geringen Kran-

Abbildung 2: Umlagenbelastung der Gemeinden nach Bundesland und Umlagenart 2012

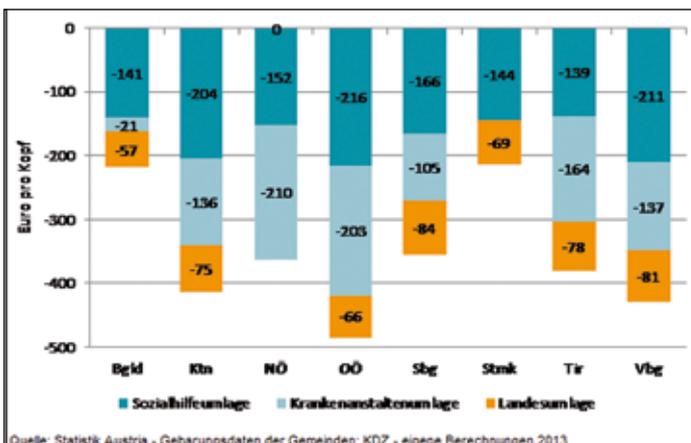
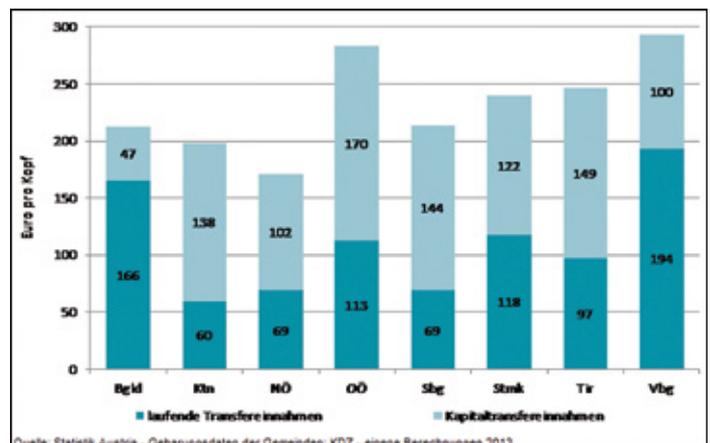


Abbildung 3: Förderungen der Gemeinden durch die Länder 2012



kenanstaltenumlage, wonach im Burgenland die Gemeinden nur 10 Prozent des Betriebsabgangs zu tragen haben (40 Prozent in Oberösterreich). Ebenso ist die Sozialhilfeumlage um rund 70 Euro je Einwohner geringer als in Kärnten, Oberösterreich und Vorarlberg (Abbildung 2).

Im Gegenzug erhalten die Gemeinden auch Transferzahlungen von den Ländern, z.B. für Kinderbetreuung aber auch Bedarfszuweisungsmittel. Im Burgenland liegen die Gemeinden mit 213 Euro je Einwohner im Mittelfeld (Abbildung 3). Die Folge ist, dass die burgenländischen Gemeinden gemeinsam mit der Steiermark die niedrigste Transferlast im Österreich-Vergleich aufweisen. 20 Euro je Einwohner müssen netto an das Land gezahlt werden, in Kärnten und Oberösterreich ist dies zwischen 249 und 263 Euro je Einwohner. Dieser Wert hat sich seit 2003 vervierfacht; er ist dabei um 15 Euro je Einwohner gestiegen, während in Kärnten die Transferlast um 150 Euro je Einwohner zugenommen hat (Tabelle 2).

Trotz der im Vergleich geringen Transferlast wirkt das Transfersystem auch im Burgenland stark umverteilend. Der Finanzausgleich und damit die Finanzkraftausstattung werden auf den Kopf gestellt. Die Gemeinden bis 1.000 Einwohner verfügen auf Basis des Jahres 2011 nach Transfers über mehr Finanzmittel als die Gemeinden zwischen 1.001 und 10.000 Einwohner. Der Unterschied der Finanzkraft zwischen den kleinsten und den größten Gemeinden reduziert sich von 119 Prozent vor Transfers auf 16 Prozent nach Transfers. Die Ursachen liegen in der Sozialhilfeumlage wie auch in der Landesumlage, die nach der Finanzkraft verteilt werden, sowie bei der Zuteilung der Bedarfszuweisungsmittel. Das ist der Grund weshalb finanzstarken Gemeinden von den Ertragsanteilen nach Abzug der Umlagen oft nicht mehr viel übrig bleibt.

Resümee

a) Geringe Transferlast der Gemeinden im Österreich-Vergleich

Die burgenländischen Gemeinden weisen nach der Steiermark die zweitniedrigste

Tabelle 2: Transfersaldo der Gemeinden vom/zum Land nach Bundesländern 2003 bis 2012

	Transfersaldo der Gemeinden vom/an das Land nach Bundesland						Veränderung 2012	
	2003	2008	2009	2010	2011	2012	Index 2003 = 100 2008 = 100	
in Mio. Euro								
Burgenland	-1	-3	-4	2	-9	-6	388	168
Kärnten	-50	-107	-115	-121	-144	-139	275	130
Niederösterreich	-127	-179	-168	-269	-288	-317	250	177
Oberösterreich	-173	-338	-335	-362	-386	-371	215	110
Salzburg	-82	-108	-97	-92	-108	-85	104	79
Steiermark	2	-4	8	6	-18	-22	-	624
Tirol	-44	-93	-101	-116	-159	-133	303	143
Vorarlberg	-22	-48	-40	-54	-59	-64	289	134
Gemeinden gesamt	-497	-880	-852	-1.006	-1.172	-1.137	229	129
in Euro pro Kopf								
Burgenland	-5	-12	-16	8	-32	-20	375	166
Kärnten	-90	-191	-205	-217	-258	-249	276	131
Niederösterreich	-82	-112	-105	-168	-179	-197	240	175
Oberösterreich	-125	-240	-238	-257	-274	-263	210	109
Salzburg	-159	-205	-184	-175	-204	-161	101	78
Steiermark	2	-3	6	5	-15	-19	-	622
Tirol	-64	-133	-143	-165	-225	-187	290	140
Vorarlberg	-62	-131	-110	-146	-161	-172	276	132
Gemeinden gesamt	-76	-133	-128	-151	-176	-170	222	128

Quelle: Statistik Austria - Gebärungsdaten der Gemeinden; KDZ - eigene Berechnungen 2013.

Anmerkung Berechnung Pro-Kopf-Werte: Summe Transfersaldo der Gemeinden im Bundesland bezogen auf die Gesamtbevölkerung im Bundesland.

Transferlast auf. Dies ist insbesondere auf die geringen Umlagen für Krankenanstalten zurückzuführen.

b) Dynamische Entwicklung der Sozialhilfeumlage (siehe auch Kasten rechts)

Die Sozialhilfeumlage der Gemeinden hat sich seit 2003 mehr als verdoppelt, was insbesondere auf den Ausbau der Pflegeheime und den steigenden Bedarf in der Jugendwohlfahrt zurückzuführen ist. Die Krankenanstaltenumlage ist um 37 Prozent gestiegen, was in der Dynamik im Gesundheitssektor begründet liegt.

c) Trennung von Ausgaben-, Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung

In den Bereichen Krankenanstalten und Sozialhilfe sind die burgenländischen Gemeinden Mitfinanzier mit geringen Mitgestaltungsmöglichkeiten.

d) Stark umverteilende Wirkung der Transfers zwischen den Gemeinden

Die Finanzkraftausstattung aus Ertragsanteilen und gemeindeeigenen Steuern wird auf den Kopf gestellt. Nach den Transfers verfügten im Jahr 2011 die kleinsten Gemeinden mit 1.145 Euro je Einwohner über mehr Mittel als die Gemeinden zwischen 5.001 und 10.000 Einwohner (1.033 Euro je Einwohner).

Kostensteigerung Sozialausgaben für Land und Gemeinden

(Personalkostenvalorisierung unberücksichtigt)

Altenwohn- und Pflegeheime:

Jahr 2003: 1483 Heimplätze, heute 2044 (+ 38 %)

Mit Sozialunterstützung Jahr 2004: 900 Personen, Jahr 2013 bereits 1.518 Personen (+69 %)

Hauskrankenpflege:

Jahr 2003: 1441 Personen monatlich betreut, 2013 waren dies 1892 Personen (+31 %)

Senioren-Tagesbetreuung:

Start 2007: durchschnittlich 31 BesucherInnen/Monat, 2013 bereits 91 BesucherInnen (+ 194 %)

24-Stundenbetreuung:

Legalisierung 2007: im Jahr 2012 - 2025 PersonenbetreuerInnen, Landesförderanteil 2012 rund 1,9 Mio. Euro (Bund zahlt 60% von insgesamt 4,8 Mio Euro)

Jugendwohlfahrt:

Jahr 2003: 383 Minderjährige Unterstützung der Erziehung, 2012 waren es bereits 1.075 Mj. (+181 %)

Ende 2003: 274 Mj. in stationärer Unterbringung, Ende 2012 waren dies 366 Mj. (+ 34 %)

Behindertenbereich:

Jahr 2005: 268 Wohnplätze, 2013 bereits 329 (+ 23 %)

Tagesbetreuung - Jahr 2005: 548 Personen, 2013 bereits 711 (+30 %)

KOPAK startet ins Jahr 2014

Das Jahr 2014 soll intensiv für Schulungstätigkeiten unsere Funktionärinnen und Funktionäre genutzt werden. Gemeinsam mit der SPÖ Burgenland und dem RI unter der neuen Führung von Fr. Mag. Claudia Schlag hat der GVV Burgenland einen umfassenden KOPAK-Schulungsplan ausgearbeitet, um hier zielgenau zu schulen. Die KOPAK soll eine Ergänzung zur Akademie Burgenland sein. In der Akademie Burgenland liegt der Fokus vor allem auf der Schulung und Weiterbildung der Gemeindeangestellten. In der KOPAK wollen wir unseren politischen Funktionärinnen und Funktionäre die erforderliche Aus- und Weiterbildung anbieten. Wir starten mit dem Seminar „Prüfungsausschuss“ (Rechtliches – Praktische Beispiele), es wird mindestens zwei Seminare „Kanalgesetz für BürgermeisterInnen samt Handhabung des Kanalleitfadens“ geben. Mit Hilfe des neuen Leitfadens des GVV zu den Kanalgesetzen erklären ExpertInnen, wie die neuen Gesetze praxisnah angewendet werden können. Auch unsere Seminarreihe zu „Gemeindefinanzen“ für Gemeindegassiere sowie die Grundschulungen zur „Gemeindeordnung“ werden fortgesetzt. Wir laden herzlich ein, die Schulungsangebote wahrzunehmen. Die Einladungen dazu mit genauen Terminen werden vom RI verschickt, beziehungsweise werden über die Bezirksgeschäftsstellen der SPÖ sowie unter kopak.gvvgld.at Anmeldungen entgegengenommen.

Förderungen nutzen - Doku-Mappe hilft

Um eine Übersicht über die zahlreichen Fördermöglichkeiten zu geben, wir vom GVV Burgenland und Familienlandesrätin Verena Dunst die Dokumentenmappe des Landes Burgenlands empfohlen. Diese übersichtliche und kompakte Mappe ist Hilfe und Wegweiser in den Belangen Behörden, Ärzte, Geburtenstationen, Förderungen des Landes etc. Sie enthält neben zahlreichen nützlichen Gutscheinen auch sehr hilfreiches Info- und Servicematerial. Die Dokumentenmappe können Familien entweder online auf der Homepage www.familienpass-bgld.at oder durch Einsendung eines Gutscheins, der bei allen Gemeindeämtern und Kinderärzten erhältlich ist, beantragen.



Im Bild (v.l.): Sagen mit neuer Initiative unfairer Wettbewerb am Bau gemeinsam den Kampf an: KommR Dir. Ing. Peter Schlappal, GF EBSG, Ing. Walter Troger, GF VAMED Standortentwicklung, Komm R Dir. Anton Mittelmeier, GF Neue Eisenstädter, Dr. Alfred Kollar, GF OSG, LH Hans Niessl, Mag. Heinz Fellner, GF BELIG, Martin Ivancsics, GF B-Süd Foto: Landesmedienservice

Partner für „Wir bauen burgenländisch“ Starke Allianz für den regionalen Bau

Lohn- und Sozialdumping und unfairer Wettbewerb den Kampf anzusagen sowie die regionale Wirtschaft zu stärken und damit Arbeitsplätze zu sichern – das sind die Ziele der Bauinitiative „Wir bauen burgenländisch“, die vor wenigen Wochen vorgestellt wurde. Die Vergabe vorzugsweise an burgenländische Unternehmen durch die öffentliche Hand und Partner aus der Privatwirtschaft soll dies gewährleisten. Vor kurzem präsentierte Landeshauptmann Hans Niessl die ersten Partner. Vertreter der gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaften, der BELIG und der VAMED unterzeichneten eine entsprechende Vereinbarung.

„Wertschöpfung, Arbeit und Geld sollen im eigenen Land bleiben“, nannte Niessl die Prämisse für die Bauinitiative, der sich bereits erste Partner aus der Privatwirtschaft angeschlossen haben. Vertreter der gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaften EBSG, OSG, B-Süd und Neue Eisenstädter, der BELIG und der VAMED verpflichteten sich mit ihrer Unterschrift, Bauaufträge vorzugsweise regional zu vergeben. Niessl sieht darin auch eine moralische Verpflichtung, der sich die Siedlungsgenossenschaften unterwerfen. Schon bisher würden Aufträge, wo dies möglich

sei, vorwiegend an burgenländische Unternehmen vergeben und wesentliche Kriterien der Initiative eingehalten, erklärten die Partner. „Wir können uns mit diesen Vorgaben voll identifizieren und werden den Weg der Partnerschaft sehr gerne weitergehen“, sagte Dr. Alfred Kollar, Geschäftsführer der OSG.

Bereich Lohn- und Sozialdumping wird noch schärfer kontrolliert

Noch stärkeres Augenmerk werde man auf Lohn- und Sozialdumping richten, dieser Bereich werde künftig noch stärker kontrolliert werden, erklärte BELIG-Geschäftsführer Mag. Heinz Fellner. Es sei auch für die VAMED selbstverständlich, Teil der Initiative zu sein, so Ing. Walter Troger, Geschäftsführer VAMED Standortentwicklung: „Das entspricht der Philosophie unseres Unternehmens. Wir versuchen stets, auch über Bauprojekte hinaus, regionale Wertschöpfung zu erzielen.“

Informationen und Broschüre zum Downloaden

Informationen und Broschüre zum Download unter burgenland.at/Bürgerservice/Bauinitiative“.

URLAUB 2014

*Warum bei
Grand Tours
buchen ???*



Für SPÖ-Mitglieder:

- * *Keine Anzahlung !*
- * *Tiefstpreisgarantie !*
- * *Keine Buchungsgebühren !*
- * *Bezahlung nach Erhalt der Reiseunterlagen !*
- * *Gratis Wochenende für 2 Personen im 4*- Hotel in der Thermenregion nach der 4. Buchung !*



GVV Präsident Trummer besucht Bürgermeisterstammtisch im Bezirk Güssing. Der Stegersbacher Bürgermeister und GVV-Bezirksvorsitzende Heinz Peter Krammer lud die SPÖ-KommunalpolitikerInnen des Bezirkes Güssing zu einer offenen Diskussionsrunde im Rahmen der Bürgermeisterstammtische nach Stegersbach ein. Als Ehrengäste konnten die SPÖ-Bezirksparteivorsitzende LRin Verena Dunst und der Präsidenten des GVV Burgenland Erich Trummer begrüßt werden. Trummer und Krammer berichteten über aktuelle Änderungen bei Gesetzen und Verordnungen, die die Gemeinden betreffen. Aber auch Probleme auf kommunaler Ebene wurden erörtert. Die Bürgermeister- und VizebürgermeisterInnen des Bezirkes baten aber den GVV Präsidenten auch, er solle sich für einen gerechteren Finanzausgleich einsetzen, der zurzeit große, vor allem im Westen Österreichs beheimatete Gemeinden bevorzugt, und kleine, strukturschwache Gemeinden benachteiligt. Trummer versprach, sich dieser Sorgen und Probleme anzunehmen.



Klubklausur in Rust: SPÖ-Klubobmann im Nationalrat Andreas Schieder, KO Christian Illredits und LH Hans Niessl
Foto: SPÖ

SPÖ startet Reformjahr

Ein dichtes Programm für das letzte volle Arbeitsjahr in der laufenden Legislaturperiode stellte der SPÖ-Landtagsklub bei seiner Klubklausur in Rust vor. Unter dem Motto „Jahr der Arbeit – Jahr der Reformen“ sollen heuer neun Projekte für ein erfolgreiches Burgenland umgesetzt werden. „Wir machen keine leeren Ankündigungen, sondern legen eine umfassende Reform-Agenda mit konkreten Zeitvorgaben vor, die wir Punkt für Punkt abarbeiten werden“, so Landeshauptmann Hans Niessl und Klubobmann Christian Illredits. Im Zentrum stehen neben der Demokratie-reform vor allem Vorhaben, die kräftige Impulse für den Arbeitsmarkt, den Tourismus und die Stärkung des Bildungs- und Wirtschaftsstandortes bringen werden.

VfGH regelt Eisenbahn-Kreuzungen neu: Burgenländische Gemeinden profitieren mit 14 Millionen Euro!

Erfreut über das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes zur Sanierung der Eisenbahnkreuzungen zeigt sich GVV Präsident Erich Trummer: „Von diesem gemeinsamen Erfolg des österreichischen Gemeindebundes mit Unterstützung des GVV Burgenland profitieren 56 burgenländische Gemeinden. Ihnen bleiben dadurch Kosten von 14 Millionen Euro erspart.“

Laut VfGH wurde gegen den in der Verfassung vorgesehenen Konsultationsmechanismus verstoßen, weil die Gemeinden nicht in die Erstellung der Verordnung eingebunden waren. Kurz: es wurde verabsäumt, mit den Gemeinden über die Kostenaufteilung zu verhandeln. Die Kostenaufteilung von 50 % Bund und 50% Gemeinden ist nach diesem Erkenntnis vorläufig hinfällig. Der Österreichische Gemeindebund hat im Herbst 2013 einen Feststellungsantrag beim VfGH eingereicht. Trummer: „Für den GVV ist dieser Erfolg des Österreichischen Gemeindebundes ein Erfolg der gemeinsamen Anstrengungen aller Landesverbände, da es

für den Klagsweg im Präsidium des Gemeindebundes einen einstimmigen Beschluss gab! Im Burgenland profitieren 56 Gemeinden, ihnen bleiben dadurch Kosten von 14 Millionen Euro erspart.“

Das Erkenntnis des VfGH macht die EKVO aber noch nicht gesetzeswidrig. Die Entscheidung führt jedoch dazu, dass nun in diesem Fall der Bund jene Kosten zu tragen hat, die durch die Verordnung bisher entstanden sind, d. h. es gibt vorerst keine weiteren Rechnungen mehr an die Gemeinden. Es wird neue Verhandlungen mit dem Ministerium geben. Der Gemeindebund Österreich prüft außerdem, ob Gemeinden das Geld für die Rechnungen, die sie bereits bezahlt haben, vom Bund wieder zurückbekommen. Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes und die daraus resultierende Kostenübernahme durch den Bund gilt nur für jene Bahnübergänge die seit 2012 überprüft und bei denen festgestellt wurde, dass sie im Sinne der Eisenbahnkreuzungsverordnung, die 2012 erlassen wurde, technisch gesichert werden müssen.

Arbeitsgespräch Preiner-Rupprechter Masterplan für den ländlichen Raum

Der SPÖ-Bereichssprecher für Landwirtschaft, ländlichen Raum und kommunale Entwicklung, Erwin Preiner, zeigt sich zufrieden nach einem ersten Gespräch mit dem neuen VP-Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter. „Das Arbeitsgespräch mit dem Landwirtschaftsminister war von hoher Sach- und Fachkompetenz getragen. Die Themenvielfalt reichte von zukünftigen Entwicklungen und Szenarien für die Landwirtschaft auf Grundlage der neuen EU-Förderperiode 2014 bis 2020 sowie eine nachhaltige und positive Entwicklung der ländlichen Regionen in Österreich“, so Preiner am Donnerstag gegenüber dem SPÖ-Pressedienst

Das sei angesichts der Tatsache, dass zwei Drittel der österreichischen Gesamtbevölkerung im ländlichen Raum lebt von besonderer Bedeutung. Einigen konnten sich die Gesprächspartner auch auf die zügige Erstellung eines Masterplans für den ländlichen Raum. „Der Masterplan soll un-

ter anderem Maßnahmen für den ländlichen Raum als wichtigen Wohn- und Lebensraum für viele Jungfamilien enthalten. Dazu zählt ganz besonders der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, die eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichern. Außerdem sollen Maßnahmen zur Sicherung der Wohn- und Lebensqualität insbesondere für ältere Menschen festgeschrieben werden“, so Preiner und weiter: „Damit soll der Abwanderung aus dem ländlichen Raum entgegengewirkt werden“.

Darüber hinaus stellt Preiner fest, dass Österreich eine Vorreiterrolle in Europa hinsichtlich der GVO-Freiheit im Bereich des Saatgutes, dem Anbau und der Forschung einnimmt. „Die Umsetzung des Regierungsprogramms im Bereich Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums wird für Wachstum sorgen und damit für eine bessere Arbeits- und Lebenssituation für die Menschen in unserem Land“, so Preiner abschließend.



Der ländliche Raum ist ein wichtiger Wohn- und Lebensraum für viele Jungfamilien: NR Erwin Preiner mit Minister Andrä Rupprechter

Foto: GVV Burgenland



Anfang Februar tagten Vertreterinnen und Vertreter der österreichischen Gemeinden in Salzburg beim Symposium „Gemeinden und Regionen - Fundament einer modernen Bürgergesellschaft“. Österreich hat nämlich für ein halbes Jahr den Vorsitz im Europarat übernommen. Schwerpunkt ist dabei die Stärkung der lokalen und regionalen Demokratie. Für den GVV Burgenland nahm GVV-Vizepräsidentin BR Bgm. Inge Posch-Gruska aus Hirm teil.

Foto: GVV Burgenland



IBH

Ing. Holger Bierbaum
Lichttechnische Beratung - Planung - Bauaufsicht

LICHTLÖSUNGEN VOM SPEZIALISTEN

Als **unabhängiges Beratungsunternehmen** begleiten wir Sie in den Bereichen **Elektro- und Lichttechnik** von der Bestandsaufnahme über die Planung, Vergabe und Abwicklung bis hin zur Endabnahme.

Unsere Leistungen:

- Außen- und Innenbeleuchtung von öffentlichen Gebäuden
- Neuplanung von Straßenbeleuchtungen in Wohn- oder Betriebsansiedlungsgebieten
- Erneuerung von bestehenden Straßenbeleuchtungsanlagen
- Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden und Plätzen im Rahmen der Ortsbildgestaltung
- Beleuchtung von Sportanlagen
- Beleuchtete Werbeträger für Unternehmen im Gemeindegebiet



Mobil: +43 664 892 62 75
E-Mail: ibh@gmx.at



Weiter warten auf Programm für Gemeindepertnerschaft

Das EU-Gemeindepertnerschaftsprogramm ist nach wie vor nicht in Kraft, da die parlamentarische Zustimmung in Großbritannien noch aussteht. Daher können weder der Programmleitfaden veröffentlicht, noch Anträge eingereicht werden. Aus diesem Grund konnte auch die für 1. März anvisierte Antragsfrist für Begegnungen im ersten Halbjahr nicht gehalten werden.

Gemeinden, die als Gastgeber, Gast oder Teil eines Netzwerkes um EU-Förderung ansuchen wollen, wird aber empfohlen, bereits jetzt die notwendigen administrativen Schritte für die Antragstellung vorzubereiten. Denn auch wenn die Programminhalte nicht bekannt sind, eines ist klar: die online-Antragstellung hat sich weiter verkompliziert!

Mittlerweile müssen alle Beteiligten (Gastgeber, Gäste und Netzwerkpartner von Städtepartnerschaftsnetzwerken) einen ECAS-Account (European Commission Authentication Service) einrichten und eine PIC-Nummer (Participant Identification Code) beantragen. Der Antragsteller wiederum benötigt die PIC-Nummern sämtlicher Partner, ansonsten werden diese vom elektronischen Formular nicht akzeptiert und der Antrag kann nicht abgeschlossen werden.

Gerade bei großen Partnerschaften ist mit längeren Wartezeiten, bis alle Partner die nötigen Daten übermittelt haben, zu rechnen. Überdies gibt es viele Informationen lediglich auf Englisch, Antragsteller sollten daher frühzeitig ihre Partner auf das Erfordernis des PIC-Codes hinweisen.



Verteidigungs- und Sportminister Mag. Gerald Klug, (vorne r.), Generalstabschef General Othmar Commda (vorne l.), Landeshauptmann Hans Niessl (hinten r.) und Oberstleutnant Thomas Erkinger, Kommandant des Jägerbataillons 19 (hinten l.), beim Abschreiten der Front der Ehrenformation der Garde mit der Militärmusik der Garde unter der burgenländischen Leitung von Major Hans Kausz

Foto: Landespressedienst

Montecuccoli-Kaserne ausgebaut Güssing hat Europas modernste Kaserne

4 6,5 Millionen Euro hat die Bundesimmobiliengesellschaft BIG in den Um- und Neubau der Kaserne Güssing investiert. Die Montecuccoli-Kaserne ist die modernste Kaserne Österreichs.

Diese umfasst ein Verwaltungsgebäude mit Betreuungseinrichtungen, vier Unterkunftsgebäude, einen Garagen- und Werksstättenkomplex, eine Sporthalle und Sportplätze sowie ein Wohnhaus für Kaderangehörige. Der gesamte Gebäudekomplex erstreckt sich über 36.800 Quadratmeter. Die Kaserne gilt als Vorzeigeeinrichtung des Österreichischen Bundesheeres. Sowohl Rekruten als auch Kaderpersonal werden in Güssing ausgebildet. „Die Sicherheit liegt den Menschen in unserem Land besonders am Herzen. Das Bundesheer steht für Schutz und Hilfe, es ist ein Garant für eine hohe Professionalität, ob im Inland – zum Beispiel in Katastropheneinsätzen – oder bei Einsätzen im Ausland um den Frieden zu sichern. Die Politik hat die Aufgabe Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein Höchstmaß an Sicherheit ermöglichen. Die neue Montecuccoli-Kaserne ist ein Signal dafür, dass in die Zukunft investiert wird. Die Sicherheit muss uns etwas wert sein, unser Bundesheer muss uns etwas wert sein“, so Niessl im Rahmen der feierlichen Übergabe der Kaserne. „Mit

der neuen Kaserne in Güssing wird eine neue Messlatte für die Sicherheit und die Qualität der Ausbildung und der Unterbringung der Soldaten gelegt“, betont Verteidigungs- und Sportminister Mag. Gerald Klug.

In der neuen Kaserne in Güssing sind alle Soldaten und Bedienstete des Jägerbataillons 19 zusammengeführt. Bisher war das Jägerbataillon 19 mit ca. 750 Soldaten in den Kasernen Oberwart, Güssing und Pinkafeld untergebracht. In der Montecuccoli-Kaserne finden bis zu 800 Soldaten Platz. Die meisten Gebäude der alten Kaserne wurden abgerissen, nur das Unterkunftsgebäude wurde generalsaniert. Neu errichtet wurden ein Verwaltungs- und Sozialtrakt, ein Unterkunftsgebäude für die Jägerkompanie, ein Wohnhaus für Kaderangehörige sowie Garagen und Werkstätten, eine Sporthalle und ein Sportplatz. Wesentlich sei eine zeitgemäße Unterbringung der Soldaten, betont Klug: „Die Unterkünfte der Soldaten wurden an moderne Standards angepasst. Es gibt adäquat große Räume mit einer modernen Einrichtung und Ausstattung. Auch der Sozialbereich hat hohe Qualität.“ Die 200 Vier-Mann-Zimmer sind je 32 Quadratmeter groß und mit einer eigenen kleinen Nasszelle mit WC und Dusche ausgestattet.

EU-Wahl am 25. Mai 2014: SPÖ setzt sich für mehr Beschäftigung und Gerechtigkeit in Europa ein

Für die EU-Wahl am 25. Mai wird bundesweit ein Kopf-an-Kopf-Rennen prognostiziert. Von Platz 1 bis 3 ist für die SPÖ alles möglich. Ähnlich knapp schaut es auch in ganz Europa aus: „Erstmals hat die Sozialdemokratie die Chance, die konservative Mehrheit im EU-Parlament zu brechen. Dazu müssen auch wir in Österreich und im Burgenland einen wichtigen Beitrag leisten!“, sagt SPÖ-Landesgeschäftsführer LAbg. Robert Hergovich.

Denn kaum ein anderes Land hat so stark von der EU profitiert wie das Burgenland: Von den Förderungen als Ziel 1-Gebiet und in der Phasing Out-Phase. Ohne die Unterstützung durch die EU wäre der Aufschwung des Burgenlands nicht so schnell möglich gewesen! Alleine im Burgenland hängen rund 20.000 Arbeitsplätze an den Exporten. Da ist die EU eine große Stütze.

Aber die SPÖ setzt sich auch für eine andere Politik in der EU ein, so Hergovich: „Bisher hatten wir immer eine konservative Mehrheit im EU-Parlament. Das Ergebnis ist eine Politik für die Konzerne und Speku-

lant. Die konservativen Bosse können auch bei 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in manchen Ländern noch gut schlafen – wir können das nicht! Wir wollen eine andere Politik: Wer sozialdemokratisch wählt, der wählt ein soziales und gerechtes Europa! Wer sozialdemokratisch wählt, wählt den Einsatz gegen Banken und Spekulanten!“

Unser Team für Europa (siehe auch Kasten rechts)

Für die SPÖ gehen im Burgenland drei kompetente Persönlichkeiten ins Rennen um die EU-Wahl: Mag. Heinz Josef Zitz, Gemeinderat in Neusiedl am See, konnte als Wirtschaftspädagoge viel Erfahrung in EU-Projekten sammeln. Mag.a Alexandra Kopitar, Gemeinderätin in Güssing, ist diplomierte Geografin in den Schwerpunkten Regionalentwicklung und Europäische Union. Und Thomas Hoffmann, junger Vizebürgermeister in Schattendorf, wird vor allem die Jugend von unserer Politik überzeugen. Gemeinsam sagen sie: „Wir stehen für ein Europa der Arbeiter und Angestellten!“



Besonders der Bildungsbereich liegt den KandidatInnen sehr am Herzen: Mag. Heinz Josef Zitz ist Fachinspektor im Landesschulrat für Burgenland und Geschäftsführer des Bildungsservers. Mag.a Alexandra Kopitar arbeitet im Sekretariat der HBLW (ECOLE) Güssing. Komplettiert wird das SPÖ-Team von Thomas Hoffmann, Vizebürgermeister in Schattendorf.

Foto: SPÖ



Unsere SPÖ-Kandidaten für die EU-Wahl am 25. Mai 2014

Mag. Heinz Josef Zitz

Jahrgang 1969 aus Neusiedl am See. Er ist Wirtschaftspädagoge, SPÖ-Gemeinderat, arbeitet im Landesschulrat für Burgenland als Fachinspektor, ist Geschäftsführer des Bildungsservers, arbeitet im Europäischen Schulnetzwerk mit.

Mag.a Alexandra Kopitar

Jahrgang 1969 aus Güssing, ist SPÖ-Gemeinderätin. Sie hat ihr Studium als diplomierte Geografin mit den Schwerpunkten Regionalentwicklung und Europäische Union sowie Gewässerwirtschaft an der Karl Franzens Universität Graz abgeschlossen und arbeitet heute im Sekretariat der HBLW (ECOLE) Güssing

Thomas Hoffmann

Jahrgang 1983 aus Schattendorf. Er ist SPÖ-Ortsparteivorsitzender und Vizebürgermeister, arbeitet als SPÖ-Bezirksgeschäftsführer in Mattersburg.

Europa macht Schule

Auch im schulischen Bereich haben schon viele Lehrende mit ihren Schülerinnen und Schülern an EU-geförderten Projekten teilgenommen. Zuletzt wurde auch das Austausch-Projekt der EU ausgeweitet: An „ERASMUS+“ können nun nicht nur Studierende und Lehrende, sondern auch Schülerinnen und Schüler teilnehmen. Diese positiven Seiten der EU sollen fortgesetzt und ausgebaut werden, meinen auch unsere burgenländischen SPÖ-KandidatInnen für die EU-Wahl. Besonders der Bildungsbereich liegt den KandidatInnen sehr am Herzen – kommen doch zwei der drei KandidatInnen aus dem Bildungsbereich.



Das Burgenland führt seit Jahresbeginn die LH Konferenz und den Bundesrat: Das Burgenland hat seit 1. Jänner 2014 offiziell den Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz und im Bundesrat inne und übernimmt damit die wichtige Aufgabe, für das erste Halbjahr die gemeinsame Stimme der Bundesländer zu sein. LH Hans Niessl setzt sich voll und ganz dafür ein, dass die Interessen der Länder, der Menschen in den Regionen bestmöglich vertreten werden. Auch BR Lampel ist davon überzeugt, dass die Länder als Motor einer bürgernahen Politik sehr viel Positives für die Menschen bewegen können. Die Übergabe der Führung der LH-Konferenz erfolgte im Wiener Rathaus vom LH Bgm. Michael Häupl zu LH Hans Niessl. Ebenfalls dabei waren BR-Präsident Bgm. Michael Lampel sowie die GVV Burgenland Führungsmannschaft mit Präsident Erich Trummer, Vizepräsident Werner Friedl und Vizepräsidentin Inge Posch-Gruska.
Foto: GVV



Habetler feiert 50. Geburtstag

Im Jänner feierte GVV Burgenland-Vizepräsidentin Bürgermeisterin Renate Habetler ihren 50. Geburtstag. Zahlreiche Gratulanten ließen es sich nicht nehmen, der Bernsteiner Bürgermeisterin zu ihrem 50er zu gratulieren. Die „Neue Gemeinde“ schließt sich den Glückwünschen herzlich an.

Die engagierte Kommunalpolitikerin führt seit 2011 als Bürgermeisterin die Geschicke der Gemeinde Bernstein. Seit 2012 ist sie auch Vizepräsidentin des Bgld. Gemeindevertreterverbandes. Bereits in den 1980er-Jahren engagierte sich Habetler in der SJ Aschau und ab 1994 in der SP-Ortsorganisation Bernstein. 2002 zog sie als Gemeinderätin in den Bernsteiner Gemeinderat ein. Von 2007 bis 2011 war die Serpentinkauffrau und Mutter zweier Kinder 2. Vizebürgermeisterin.

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvvgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: DANEK Grafik + Repro + Druck
Industriestraße 1/11, 7053 Hornstein
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M